

Auftrag Derungs betreffend Verbesserung der Rahmenbedingungen für Deponien und Materialabbau

Die Bewilligung neuer wie auch der Erhalt bereits bestehender Deponien und Materialabbaugebiete im Kanton Graubünden gestaltet sich zunehmend schwierig, insbesondere in peripheren Regionen. Diese restriktive Praxis führt zu einer zentralisierten Abwicklung von Deponie- und Abbauvorhaben, was erhebliche ökologische und ökonomische Nachteile mit sich bringt. So muss Bau- und Deponiematerial über weite Strecken transportiert werden, was zu erhöhten CO₂-Emissionen, Verkehrsproblemen, höheren Kosten (was den Bau von Erstwohnungen verteuert) und finanziellen Einbussen für die betroffenen Gemeinden führt. Zudem besteht das Risiko von Monopol-Situationen.

Die gesetzlichen Vorgaben, insbesondere auf Bundesebene, schränken die Errichtung und den Betrieb von Deponien und Materialabbaugebieten erheblich ein. Diese Regelungen berücksichtigen die geografischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Kantons Graubünden nicht ausreichend. Darüber hinaus scheinen die bestehenden kantonalen Regelungen und Praxisfestlegungen den Spielraum, den das Bundesrecht bietet, nicht voll auszuschöpfen.

Vor diesem Hintergrund beauftragen die Unterzeichnenden die Regierung, folgende Massnahmen zu ergreifen:

1. Maximale Ausnutzung des Handlungsspielraums:
Die Regierung und die betroffenen Ämter sollen in der Ausführung und Praxis der bestehenden Gesetze alle möglichen Spielräume nutzen. Dabei soll die Regierung aufzeigen, wo und wie diese Spielräume auf kantonaler Ebene erweitert werden könnten.
2. Erleichterungen auf kantonaler Gesetzesebene:
Die Regierung soll prüfen und darlegen, in welchen Bereichen auf kantonaler Ebene gesetzgeberische Anpassungen möglich sind, um die Rahmenbedingungen für Deponien und Materialabbau zu erleichtern. Darauf basierend soll die Regierung dem Grossen Rat konkrete Gesetzesvorschläge unterbreiten, die den dezentralen Betrieb von Deponien und Materialabbaugebieten fördern.
3. Einflussnahme auf Bundesebene:
Die Regierung soll aufzeigen, in welchen Bereichen auf Bundesebene Änderungen notwendig sind, um die spezifischen Bedürfnisse des Kantons Graubünden besser zu berücksichtigen. Die Regierung wird beauftragt, sich aktiv bei den zuständigen Bundesämtern, den Bündner Bundesparlamentariern sowie anderen relevanten Institutionen und Gremien einzubringen, um notwendige Gesetzesänderungen auf Bundesebene anzustossen.

Mit diesen Massnahmen soll gewährleistet werden, dass die Rahmenbedingungen für Deponien und Materialabbau im Kanton Graubünden verbessert werden, um eine nachhaltige und dezentrale Lösung für diese wichtige infrastrukturelle Herausforderung zu erreichen.

Chur, 30. August 2024

Derungs, Menghini-Inauen, Loi, Altmann, Beeli, Berther, Berweger, Bettinaglio, Binkert, Bundi, Cahenzli-Philipp (Untervaz), Caluori, Casutt, Censi, Collenberg, Cortesi, Cramer, Danuser (Cazis), Della Cà, Dürler, Epp, Favre Accola, Furger, Gansner, Gort, Grass, Hartmann, Heim, Heini, Helbling, Holzinger-Loretz, Kohler, Krättli, Lamprecht, Lehner, Luzio, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Micheli, Pfäffli, Righetti, Roffler, Said Bucher, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Tomaschett, von Tschärner, von Wyl, Wieland, Zanetti (Sent)



Sitzung vom

21. Oktober 2024

Mitgeteilt den

22. Oktober 2024

Protokoll Nr.

828/2024

Auftrag Derungs

betreffend Verbesserung der Rahmenbedingungen für Deponien und Materialabbau

Antwort der Regierung

Gemäss dem Umweltrecht des Bundes ist ein Materialabbau ausserhalb von Gewässern unabhängig von irgendwelchen Mengenschwellen bewilligungsfähig, wenn ein Standort die richt- und nutzungsplanerischen Voraussetzungen erfüllt. In den planerischen Verfahren wird u. a. sichergestellt, dass Abbaustellen nicht in steinschlag-, rutschungs- oder besonders erosionsgefährdeten Gebieten oder in einer Grundwasser-, Natur- oder Landschaftsschutzzone liegen. Eine Abbaubewilligung in Fliessgewässern darf zudem gemäss Art. 44 Abs. 2 lit. c des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG; SR 814.20) nicht erteilt werden, wenn der Geschiebehaushalt nachteilig beeinflusst wird. Dies ist im Sinne von Art. 43 Abs. 1 lit. a der Gewässerschutzverordnung (GSchV; SR 814.201) der Fall, sobald dem Fliessgewässer mehr Geschiebe entnommen als natürlicherweise zugeführt wird und eine Eintiefung der Gewässersohle stattfindet. Auch Deponiestandorte müssen die planerischen Voraussetzungen erfüllen. Zudem sieht die Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (Abfallverordnung, VVEA; SR 814.600) seit 2016 bei Deponien für Aushubmaterial (Typ A) eine Mindestgrösse von 50 000 m³ vor, die nur noch in Ausnahmefällen mit Zustimmung des Bundesamts für Umwelt (BAFU) unterschritten werden darf. In der Beurteilung der Regierung ist ausschliesslich die Vorgabe der Mindestgrösse zu diskutieren; der Sinn der übrigen bundesrechtlichen Vorgaben dürfte ohne Weiteres nachvollziehbar und damit nicht bestritten sein. Damit das Angebot an Deponieraum für die normale Bautätigkeit in den Regionen nicht von Deponien für Strassen- und Bahnprojekte beansprucht wird, werden bei solchen spezialrechtlichen Infrastrukturvorhaben regelmässig projektbezogene Deponien, auch unterhalb der Mindestgrösse mit Zustimmung des BAFU, bewilligt. Zudem werden Wiederauffüllungen von Abbaustellen oder zu Bewirtschaftungsverbesserungen in der Landwirtschaft möglichst grosszügig bewilligt. Die Bewil-

ligungspraxis des Bundes bei ordentlichen Deponievorhaben unterhalb der Mindestgrösse ist hingegen restriktiv. Das ist auch verständlich, denn dem Argument der grösseren Transportdistanzen und CO₂-Emissionen ist auch entgegenzuhalten, dass kleinere Deponien wegen der erforderlichen Massnahmen zur Verhinderung des wilden Deponierens mit Abzäunungen und Überwachung unwirtschaftlich sind. Zudem besteht an Deponiestandorten auch immer die Gefahr, dass schadstoffhaltiges Material deponiert wird, welches geogen vorhandene oder neu regulierte Schadstoffe wie z. B. per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) enthält. Damit bergen sie auch ein potenzielles Risiko für spätere Massnahmen mit entsprechenden Folgekosten. Zentralisierte Regionaldeponien entsprechen auch dem Konzentrationsgebot nach Art. 1 und 2 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG; SR 700). Sie stellen nur dann eine Gefahr zur Ausübung eines Monopols dar, wenn das Deponiemanagement einem Unternehmen überlassen wird. Wenn die Annahmekonditionen von Regionaldeponien bei der öffentlichen Hand bleiben, können überhöhte Annahmepreise wegen Monopolen verhindert werden.

Zu Punkt 1: Der Handlungsspielraum wird bereits heute maximal ausgenützt.

Zu Punkt 2: Mit dem Erlass kantonaler rechtlicher Bestimmungen können Bestimmungen des Bundesrechts nicht aufgeweicht werden.

Zu Punkt 3: Die Regierung ist bereit, anlässlich der jährlichen Besprechungen mit der Direktion des BAFU die Bewilligungspraxis für Unterschreitungen der Mindestgrösse von Typ A Deponien zu besprechen, mit dem Ziel, allfälliges Optimierungspotenzial für spezielle Situationen zu identifizieren.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag betreffend den Punkt 1 zu überweisen und als erledigt abzuschreiben, betreffend den Punkt 2 abzulehnen und betreffend den Punkt 3 wie folgt abzuändern: Die Regierung wird beauftragt, anlässlich der nächsten jährlichen Besprechung mit der Direktion des BAFU die Bewilligungspraxis für Unterschreitungen der Mindestgrösse von Typ A Deponien zu besprechen, mit dem Ziel, allfälliges Optimierungspotenzial für spezielle Situationen zu identifizieren.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Incumbensa Derungs concernent la meglieraziun da las cundiziuns generalas per deponias e per l'explotaziun da material

I daventa pli e pli difficil da conceder ina permissiun per installar novas deponias e zonas d'explotaziun e per mantegnair quellas ch'existan gia en il chantun Grischun, quai cunzunt en regiuns perifericas. Pervia da questa pratica restrictiva vegnan centralisadas las incumbensas da deponia e d'explotaziun, quai che porta gronds dischavantatgs ecologics ed economic. Il material da construcziun e da deponia sto uschia vegnir transportà sur lungas distanzas. Quai augmenta las emissiuns da CO₂, ils problems da traffic ed ils custs (la construcziun d'emprimas abitaziuns daventa pli chara) e chaschuna perditas financialas per las vischnancas pertutgadas. Plinavant smanatschan uschia situaziuns da monopol.

Las prescripziuns legalas, en spezial sin plaun federal, restrenschan considerablmain l'installaziun e la gestiun da deponias e da zonas d'explotaziun. Questas regulaziuns na resguardan betg suffizientmain las relaziuns geograficas ed economicas dal chantun Grischun. Ultra da quai na paran la pratica e las regulaziuns chantunalas vertentas betg dad exaurir cumplainmain la libertad d'agir ch'il dretg federal porscha.

Sut quest aspect supplitgeschan las sutsegnadras ed ils sutsegnaders la Regenza da prender las suandantas mesiras:

1. Utilisaziun maximala da la libertad d'agir:

La Regenza ed ils uffizis pertutgads duain utilisar tut las libertads d'agir pussaivlas che l'execuziun e la pratica da las leschas vertentas porschan. En quest connex duai ella mussar, nua e co che questas libertads d'agir pudessan vegnir extendidas sin plaun chantunal.

2. Facilitaziuns sin il stgalim da las leschas chantunalas:

La Regenza duai examinar e preschentar, en tge secturs ch'ins po far adattaziuns legalas sin plaun chantunal per simplifitgar las cundiziuns generalas per deponias e per l'explotaziun da material. Sin basa da quai duai la Regenza suttametter al Cussegl grond projects da lescha concrets che promovon la gestiun decentrala da deponias e da zonas d'explotaziun.

3. Prender influenza sin plaun federal:

La Regenza duai mussar, en tge secturs ch'i dovra adattaziuns sin plaun federal per resguardar meglier ils basegns specifics dal chantun Grischun. La Regenza vegn incumbensada da sa far valair activamain tar ils uffizis federals cumpetents, tar las parlamentarias ed ils parlamentaris federals dal Grischun sco er tar auters gremis ed autras instituziuns relevantas, per iniziar las midadas necessarias da tschertas leschas federalas.

Cun questas mesiras duai vegnir garantì, che las cundiziuns generalas per deponias e per l'explotaziun da material en il chantun Grischun vegnian meglieradas per obtegnair soluziuns persistentas e decentralas da questa sfida structurala impurtanta.

Cuira, ils 30 d'avust 2024

Derungs, Menghini-Inauen, Loi, Altmann, Beeli, Berther, Berweger, Bettinaglio, Binkert, Bundi, Cahenzli-Philipp (Vaz Sut), Caluori, Casutt, Censi, Collenberg, Cortesi, Cramer, Danuser (Cazas), Della Cà, Dürler, Epp, Favre Accola, Furger, Gansner, Gort, Grass, Hartmann, Heim, Heini, Helbling, Holzinger-Loretz, Kohler, Krättli, Lamprecht, Lehner, Luzio, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Micheli, Pfäffli, Righetti, Roffler, Said Bucher, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Tomaschett, von Tschärner, von Wyl, Wieland, Zanetti (Sent)



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

21 d'october 2024

22 d'october 2024

828/2024

Incumbensa Derungs

concernent la meglieraziun da las cundiziuns generalas per deponias e per l'explotaziun da material

Resposta da la Regenza

Tenor il dretg federal d'ambient vegn in'explotaziun da material ordaifer las auas admissa independentamain da la quantidad, sch'il lieu ademplescha las premissas da la planisaziun directiva e da la planisaziun d'utilisaziun. En las proceduras da planisaziun vegni tranter auter garanti, ch'ils lieus d'explotaziun na sa chattian betg en territoris ch'èn periclitads da crudadas da crappa, da bovas u spezialmain d'erosiun ubain en ina zona da protecziun da l'aua sutterrana, da la natira u da la cuntra-da. Confurm a l'art. 44 al. 2 lit. c da la Lescha federala davart la protecziun da las auas (Lescha davart la protecziun da las auas, LPAuas; CS 814.20) na dastga ina permissiun d'explotaziun en auas currentas ultra da quai betg vegnir concedida, sche la bilantscha da glera vegn influenzada en moda negativa. Tenor l'art. 43 al. 1 lit. a da l'Ordinaziun davart la protecziun da las auas (OPAuas; CS 814.201) è quai il cas, sch'i vegn prelevà dapli glera d'ina aua currenta che quai ch'i vegn appurtà en moda natirala e sch'i vegn chaschunà in sbassament dal letg da l'aua currenta. Er ils lieus da deponia ston ademplir las premissas planisatoricas. Plinavant prevesa l'Ordinaziun davart la prevenziun e l'allontanament da rument (Ordinaziun da ruments, OPAR; CS 814.600) dapi l'onn 2016 ina grondezza minimala da 50 000 m³ per deponias da material da stgavament (tip A). Questa grondezza minimala dastga vegnir sutpassada mo en cas excepziunals e cun il consentiment da l'Uffizi federal d'ambient (UFAM). En il giudicament da la Regenza ston vegnir discutadas mo las prescripziuns areguard la grondezza minimala; il senn da las ulteriuras prescripziuns dal dretg federal duess senz'auter esser chapavel ed incontestà. Per che la purschida da spazi da deposit per l'activitad da construcziun normala en las regiuns na vegnia betg duvrada per projects da via e da viafier, vegnan – per tals projects d'infrastructuras dal dretg spezial – savens er permessas deponias specificas che sutpassan la grondezza minimala, quai cun il consentiment dal UFAM. Reemplenidas

da lieus d'explotaziun u talas per meglierar cultivaziuns en l'agricultura vegnan plinavant permessas fitg generusamain. La pratica federala da permetter projects da deponias ordinaris sut la grondezza minimala è percunter restrictiva. Quai è er chapaivel. Cunter las distanzas da transport pli lungas e cunter las emissiuns da CO₂ pli grondas poi numnadamain er vegnir argumentà, che deponias pli pitschnas n'èn betg rentablas pervia da las mesiras (p.ex. saivs e surveglianza) ch'èn necessarias per impedir deposits nuncontrollads. En lieus da deponias exista plinavant er adina il privel, ch'i vegn deponì material che cuntegna substanzas nuschaivlas geogenas u reglamentadas da nov, sco p.ex. cumposiziuns alchilicas perfluoradas e polifluoradas (PFAS). Ellas cuntegnan er ina ristga potenziala per mesiras posteriuras cun custs consecutivs correspundents. Deponias regionalas centralisadas correspundan er a l'obligaziun da concentraziun tenor ils art. 1 e 2 da la Lescha federala davart la planisaziun dal territori (Lescha davart la planisaziun dal territori, LPT; CS 700). In privel da monopol cuntegnan ellas mo, sch'il manaschi da deponia vegn surlaschè ad ina interpresa. Sch'il maun public è responsabel per las cundiziuns da consegnar material sin las deponias regionalas, pon vegnir impedids pretschs da consegna exagerads che resultan en cas da monopols.

Tar il punct 1: La libertad d'agir vegn gia oz tratga a niz dal tuttafatg.

Tar il punct 2: Cun decretar disposiziuns giuridicas chantunalas na pon ins betg sutminar las disposiziuns dal dretg federal.

Tar il punct 3: La Regenza è pronta da tractar – a chaschun da las discussiuns annualas cun la direcziun dal UFAM – la pratica da permetter sutpassaments da la grondezza minimala da las deponias dal tip A, quai cun la finamira d'identifitgar in eventual potenzial d'optimaziun per situaziuns spezialas.

Sin basa da questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond d'acceptar e da stritgar sco liquidada l'incumbensa qua avant maun concernent il punct 1, da la refusar concernent il punct 2 e da la midar sco suonda concernent il punct 3: La Regenza vegn incumbensada da tractar – a chaschun da la proxima discussiun annuala cun la direcziun dal UFAM – la pratica da permetter sutpassaments da la grondezza minimala da las deponias dal tip A, quai cun la finamira d'identifitgar in eventual potenzial d'optimaziun per situaziuns spezialas.



En num da la Regenza

Il president:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incarico Derungs concernente il miglioramento delle condizioni quadro per le discariche e per l'estrazione di materiale

L'autorizzazione di discariche e zone di estrazione di materiale nuove così come di quelle già esistenti nel Cantone dei Grigioni sta diventando sempre più difficile, soprattutto nelle regioni periferiche. Questa prassi restrittiva comporta una realizzazione centralizzata di progetti di discarica e di estrazione, con notevoli svantaggi ecologici ed economici. Ad esempio, il materiale edile e destinato alla discarica deve essere trasportato su lunghe distanze, ciò che comporta un aumento delle emissioni di CO₂, problemi di traffico, costi più elevati (il che rende più costosa la costruzione di abitazioni primarie) e perdite finanziarie per i comuni interessati. Sussiste inoltre il rischio che si creino situazioni di monopolio.

Le direttive di legge, in particolare a livello federale, limitano notevolmente la realizzazione e l'esercizio di discariche e zone di estrazione di materiale. Tali regolamentazioni non tengono sufficientemente conto delle condizioni geografiche ed economiche del Cantone dei Grigioni. Inoltre, le regolamentazioni e le prassi cantonali vigenti non sembrano sfruttare appieno il margine di manovra concesso dal diritto federale.

Sulla base di queste premesse, le firmatarie e i firmatari incaricano il Governo di adottare le seguenti misure:

1. Pieno sfruttamento del margine di manovra:
il Governo e gli uffici competenti devono sfruttare tutti i margini di manovra possibili nell'esecuzione delle leggi esistenti e nella relativa prassi. Il Governo deve indicare dove e come questi margini di manovra possano essere ampliati a livello cantonale.
2. Facilitazioni a livello di legislazione cantonale:
il Governo deve esaminare e illustrare in quali settori sono possibili adeguamenti legislativi a livello cantonale al fine di semplificare le condizioni quadro per le discariche e l'estrazione di materiale. Su tale base il Governo deve presentare al Gran Consiglio proposte legislative concrete che favoriscano la gestione decentralizzata di discariche e zone di estrazione di materiale.
3. Possibilità di influire a livello federale:
il Governo deve indicare in quali settori sarebbero necessarie modifiche a livello federale per tenere meglio conto delle esigenze specifiche del Cantone dei Grigioni. Il Governo viene incaricato di intervenire presso gli uffici federali competenti, i parlamentari federali grigionesi nonché altre istituzioni e altri organi rilevanti per avviare le necessarie modifiche della legislazione federale.

Con queste misure si intende garantire il miglioramento delle condizioni quadro per le discariche e l'estrazione di materiali nel Cantone dei Grigioni, al fine di raggiungere una soluzione sostenibile e decentralizzata per questa importante sfida infrastrutturale.

Coira, 30 agosto 2024

Derungs, Menghini-Inauen, Loi, Altmann, Beeli, Berther, Berweger, Bettinaglio, Binkert, Bundi, Cahenzli-Philipp (Untervaz), Caluori, Casutt, Censi, Collenberg, Cortesi, Cramer, Danuser (Cazis), Della Cà, Dürler, Epp, Favre Accola, Furger, Gansner, Gort, Grass, Hartmann, Heim, Heini, Helbling, Holzinger-Loretz, Kohler, Krättli, Lamprecht, Lehner, Luzio, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Micheli, Pfäffli, Righetti, Roffler, Said Bucher, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Tomaschett, von Tschärner, von Wyl, Wieland, Zanetti (Sent)



Seduta del

21 ottobre 2024

Comunicato il

22 ottobre 2024

Protocollo n.

828/2024

Incarico Derungs

concernente il miglioramento delle condizioni quadro per le discariche e per l'estrazione di materiale

Risposta del Governo

Conformemente al diritto federale in materia di ambiente, un'estrazione di materiale al di fuori delle acque può essere autorizzata indipendentemente da qualsiasi quantitativo soglia, se un'ubicazione soddisfa i presupposti previsti dalla pianificazione direttrice e delle utilizzazioni. Nel quadro delle procedure di pianificazione viene tra l'altro garantito che i siti di estrazione non si trovino in regioni esposte a rischi di caduta di pietre, di smottamenti o d'erosione particolarmente gravi oppure in una zona di protezione delle acque sotterranee, della natura o del paesaggio. Inoltre, conformemente all'art. 44 cpv. 2 lett. c della legge federale sulla protezione delle acque (LPAC; RS 814.20) un'autorizzazione per l'estrazione in un corso d'acqua non può essere concessa qualora il suo bilancio in materiale detritico ne sia negativamente influenzato. Ai sensi dell'art. 43 cpv. 1 lett. a dell'ordinanza sulla protezione delle acque (OPAc; RS 814.201) ciò è il caso quando dal corso d'acqua viene prelevato più materiale detritico di quanto ne venga apportato naturalmente e si verifica un abbassamento del fondo del corso d'acqua. Anche le ubicazioni per discariche devono soddisfare i presupposti pianificatori. Inoltre dal 2016 l'ordinanza sulla prevenzione e lo smaltimento dei rifiuti (ordinanza sui rifiuti, OPSR; RS 814.600) prevede per le discariche di materiale di scavo (tipo A) una grandezza minima di 50 000 m³, che può essere inferiore solo in casi eccezionali previa approvazione dell'Ufficio federale dell'ambiente (UFAM). A giudizio del Governo, occorre discutere esclusivamente la prescrizione relativa alla grandezza minima; il senso delle altre direttive di diritto federale dovrebbe essere senz'altro chiaro e quindi non contestato. Affinché l'offerta di spazio di discarica per la normale attività edilizia nelle regioni non venga occupata da discariche per progetti stradali e ferroviari, per simili progetti infrastrutturali di diritto speciale vengono regolarmente autorizzate, con il consenso dell'UFAM, discariche riferite al progetto di dimensioni anche inferiori alla grandezza minima. Inoltre interventi di riempimento di punti di estrazione o finalizzati a migliorare la coltivazione

agricola vengono autorizzati con la maggiore generosità possibile. La prassi di autorizzazione della Confederazione per progetti di discarica ordinari di dimensioni inferiori alla grandezza minima è invece restrittiva. Ciò è comprensibile, dato che all'argomentazione delle distanze di trasporto maggiori e delle emissioni di CO₂ si deve anche obiettare che le discariche di dimensioni inferiori sono antieconomiche per via delle misure necessarie per evitare depositi abusivi tramite recinzioni e sorveglianza. Inoltre, presso le ubicazioni delle discariche vi è sempre il rischio che venga depositato materiale contenente inquinanti quali sostanze nocive geogene o recentemente regolamentate, come ad es. sostanze per- e polifluoroalchiliche (PFAS). In questo modo le discariche celano anche un rischio potenziale per misure successive con corrispondenti costi conseguenti. Le discariche regionali centralizzate soddisfano anche l'obbligo di concentrazione di cui agli art. 1 e 2 della legge federale sulla pianificazione del territorio (legge sulla pianificazione del territorio, LPT; RS 700). Esse costituiscono un rischio di monopolio solo se la gestione delle discariche viene affidata a un'impresa. Se le condizioni di accettazione di discariche regionali rimangono di competenza dell'ente pubblico, è possibile evitare prezzi di accettazione eccessivi a seguito di monopoli.

In merito al punto 1: il margine di manovra viene sfruttato al massimo già oggi.

In merito al punto 2: l'emanazione di disposizioni legali cantonali non permette di allentare disposizioni di diritto federale.

In merito al punto 3: il Governo è disposto a discutere, in occasione dei colloqui annuali con la direzione dell'UFAM, la prassi di autorizzazione in caso di discariche di tipo A con un volume inferiore alla grandezza minima, con l'obiettivo di individuare un eventuale potenziale di ottimizzazione per situazioni particolari.

In base a quanto esposto il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico per quanto riguarda il punto 1 e di stralciarlo come evaso, di respingerlo per quanto riguarda il punto 2 e di modificarlo come segue per quanto riguarda il punto 3: il Governo viene incaricato di discutere, in occasione del prossimo colloquio annuale con la direzione dell'UFAM, la prassi di autorizzazione in caso di discariche di tipo A con un volume inferiore alla grandezza minima, con l'obiettivo di individuare un eventuale potenziale di ottimizzazione per situazioni particolari.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il Cancelliere:

Daniel Spadin